

Les arguments de la minorité ont été exposés par M. Gross Jost, je n'y reviens pas.

Pour ce qui concerne par contre les arguments qui ont fait pencher la balance en faveur de la majorité de la commission, qui vous propose de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire, il s'agit de souligner ce qui suit. Selon la majorité de la commission, une plus grande protection contre les licenciements peut avoir des effets pervers. On observe dans les pays qui connaissent des règles strictes en matière de protection contre les licenciements que certaines entreprises tentent de contourner le droit. Elles engagent du personnel à temps partiel plutôt que du personnel fixe dont il est plus difficile et plus coûteux de se séparer. Ces travailleurs ne bénéficient alors d'aucune protection sociale. M. Messmer a également rappelé un rapport d'une étude de l'OCDE, selon lequel des règles strictes ont un effet négatif sur l'emploi des femmes ainsi que sur l'emploi des travailleuses et travailleurs jeunes ou relativement âgés.

Pour la majorité de la commission, la flexibilité du droit suisse actuel entraîne une faculté d'adaptation du personnel qui permet d'optimiser l'engagement du personnel et donc d'augmenter la productivité des entreprises suisses. Notamment dans les régions limitrophes de notre pays, les entreprises suisses ont ainsi un avantage économique par rapport à leurs concurrents de l'autre côté de la frontière. Selon la majorité de la commission, une plus grande protection contre les congés aurait donc des effets négatifs pour les travailleurs.

C'est ainsi que la commission, à une courte majorité – il est vrai – de 9 voix contre 7, vous propose de ne pas donner suite à cette initiative.

#### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 99.459/1126)

Für Folgegeben .... 57 Stimmen

Dagegen .... 74 Stimmen

99.3283

### **Postulat Theiler Georges.**

#### **Vorstoss gegen die Vorstossflut**

### **Postulat Theiler Georges.**

#### **Intervention contre le flot d'interventions**

#### *Diskussion – Discussion*

Einreichungsdatum 16.06.99

Date de dépôt 16.06.99

Nationalrat/Conseil national 08.10.99

Nationalrat/Conseil national 13.12.00

**Theiler Georges (R, LU):** Eigentlich sollte ich hier in aller Kürze sprechen und dann gleich wieder an den Platz gehen, damit wir Zeit gewinnen für Ihre Vorstösse. Ich weiss, dass ich vor eineinhalb Jahren ein sehr heikles Thema auf den Tisch des Hauses gebracht habe. Dieser Vorstoss wurde bereits dreimal traktandiert, aber es sollte ihm nicht anders gehen als allen anderen, deren Behandlung wegen anderer Geschäfte auch in die Länge gezogen werden muss. Dies ist ein heikles Thema, dessen bin ich mir bewusst. Der Vorstoss ist die stärkste Waffe eines Parlamentarierers, einer Parlamentarierin. Was könnte ich hier Blöderes tun, als Sie Ihrer eigenen Waffen berauben oder Sie beschränken zu wollen?

Ich bin der Überzeugung und Meinung, dass die beste Waffe nichts nützt, wenn sie abgenützt, wenn sie zu viel gebraucht worden ist und gebraucht wird.

1. Sie können lesen, was ich fordere: Auf Ende der Legislatur – zum Glück habe ich nicht geschrieben, welche Legisla-

tur ich gemeint habe, es war die letzte und nicht die jetzige, ich könnte mich aber auch damit einverstanden erklären, dass man die jetzige meint – sollen alle Vorstösse abgeschrieben werden; dann kann wieder von vorne begonnen werden. Damit hätte man eine Basis, auf der man vernünftig aufbauen könnte – damit man Zeit gewänne, um die Vorstösse wieder aktuell zu behandeln.

2. Die Vorstösse sollten beschränkt werden, sei es nun pro Ratsmitglied, pro Fraktion – Sie können auch irgendeinen anderen Schlüssel wählen. In der Begründung habe ich auch zum Ausdruck gebracht, dass ich durchaus der Meinung bin, dass die kleineren Fraktionen hier selbstverständlich bevorzugt behandelt werden sollen, denn für sie ist dieses Instrument besonders wichtig; deshalb soll man hier ein grösseres Quorum gewähren.

Ich habe mir noch die Zahlen per letzten Juni geben lassen. Wo stehen wir eigentlich? Pro Jahr reichen wir 1000 Vorstösse ein. Wie viele haben wir schon behandelt? Nie werden wir eine Chance haben, in diesem Rat auch nur die Hälfte von ihnen zu behandeln. Am 30. Juni 2000 sind 694 offen gewesen: 114 Parlamentarische Initiativen, 284 Motionen, 96 Postulate und 200 Interpellationen. Extrem ist der Zuwachs vor allem bei den Parlamentarischen Initiativen. Anfang 1999 waren es gerade noch 60, heute sind es 114, und ihre Zahl nimmt ständig zu. Hier muss man von einem eigentlichen Missbrauch sprechen. Ich gestatte mir diesen Ausdruck; denn diese Zunahme ist nicht mehr vernünftig.

Von diesen Parlamentarischen Initiativen – das ist natürlich noch der Witz der ganzen Sache – kommen keine 20 Prozent letztendlich auch an ihr Ziel. Da wird für relativ wenig Ertrag viel Aufwand betrieben.

Zu den Kosten: Ich habe mir als junger Parlamentarier vor sechs Jahren sagen lassen, dass ein Vorstoss bis zu 50 000 Franken kosten könne. Wenn Sie die erwähnten 1000 Vorstösse mal 20 000 Franken rechnen, dann sind Sie bei Kosten von 20 Millionen Franken, die wir hier verursachen. Im letzten Jahr ist ein Drittel davon – also 300 Vorstösse – einfach abgeschrieben worden, ohne dass hier drin auch nur ein Wort darüber gefallen wäre, weil entweder die Urheber nicht mehr im Rat waren oder weil die Vorstösse unter die «Zweijahres Guillotine» gefallen sind.

Parlamentarische Vorstösse kosten aber nicht nur Geld, sondern selbstverständlich auch unsere Zeit. Wir brauchen dafür sehr viel Zeit, wahrscheinlich zu viel Zeit.

Das ist die Quintessenz: Wir haben uns der eigenen Waffe beraubt. Ich danke dem Büro dafür, dass es bereit ist, dieses Postulat entgegenzunehmen. Ich betone, dass es mir nicht so darauf ankommt, wie man das Problem löst. Aber ich lege doch Wert darauf, dass wir hier irgendeinmal wieder zu vernünftigen Verhältnissen kommen, damit unsere Waffe auch wieder etwas wert ist. Ich hoffe, dass das die Mehrheit auch tut. Ich bin mit dem Büro einverstanden, dass man das Postulat dann im Zusammenhang mit der Revision des GVG behandeln kann. Nur muss ich sagen: Die Antwort des Büros ist auch schon bald ein Jahr alt, und bis heute habe ich noch keine Resultate auf dem Tisch. Irgendwann müsste dann die Kommission auch vorwärts machen. Aber ich habe gehört, sie sei dran.

In diesem Sinne hoffe ich auf Besserung und bitte Sie um Überweisung des Postulates.

**Cina Jean-Michel (C, VS):** Herr Kollege Theiler, ich habe Ihre Ausführungen mit Aufmerksamkeit zugehört. Ich möchte Sie fragen: Würden Sie die Idee unterstützen, wonach parlamentarische Vorstösse in den jeweiligen Kommissionen vor geprüft und dann abgeschrieben werden, wenn sie im Rahmen dieser Vorprüfungen in den Kommissionen die erforderliche Mehrheit nicht erhalten?

**Theiler Georges (R, LU):** Ich bin froh, dass andere auch noch an einer Lösung herumstudieren. Ich habe nicht an diese Lösung gedacht, aber ich könnte mir vorstellen, dass das auch eine Möglichkeit wäre.

Ich habe ja gesagt, ich habe in ein Wespennest gestochen.

**Binder Max (V, ZH):** Damit wir sehen können, ob Sie auch wirklich legitimiert sind, einen solchen Vorschlag zu machen, möchte ich Sie fragen: Können Sie uns sagen, wie viele Vorstösse Sie in Ihrer parlamentarischen Tätigkeit schon gemacht haben? So können wir feststellen, mit wie vielen Franken Sie die Bundeskasse belastet haben.

**Theiler Georges (R, LU):** Ich habe die Bundeskasse etwa genauso stark belastet wie der Durchschnitt dieses Rates. Ich gebe gerne zu, dass ich ebenfalls viele Vorstösse eingebracht habe – Du musst nicht «Haha» machen, Andrea Hämmerle, auf Deine Zahlen bin ich noch lange nicht gekommen! (*Heiterkeit*) Selbstverständlich würde ich mich jeder Beschränkung, die Sie beschliessen, selber auch unterziehen. Wir müssen uns alle an der Nase nehmen, und ich nehme mich selbstverständlich zuerst an der Nase.

**Hämmerle Andrea (S, GR):** Herr Theiler, das lasse ich mir nicht bieten. Ich habe nicht einen Bruchteil der Vorstösse gemacht, die Sie gemacht haben, aber ich führe hier nicht das grosse Wort – im Unterschied zu Ihnen!

**Präsident (Hess Peter, Präsident):** Das Postulat wird von Frau Vermot bekämpft.

**Vermot Ruth-Gaby (S, BE):** Eigentlich habe ich gedacht, ich verzichte auf das Bekämpfen des Postulates, aber scheinbar wurde da doch in ein Wespennest gestochen. Es ist so: Es gibt sehr viele Vorstösse, und wir jammern manchmal angesichts dieser Vorstossflut! Was aber nicht begreiflich ist und was wir überhaupt nicht akzeptieren können: dass Herr Theiler jeweils Ende Legislatur alle Vorstösse, die nicht behandelt worden sind, abschreiben und damit die neue Legislatur von «Altlasten» befreien will. Das akzeptieren wir nicht. «Ghüdere» ist unbestritten eine effiziente Variante – allerdings vervielfachen wir damit den Leerlauf! Die meisten Vorstösse werden nämlich innert kürzester Frist von der Verwaltung bearbeitet, wir bekommen entsprechende Antworten, die eine Weiterarbeit möglich machen. «Ghüdere» würde bedeuten, dass diese Antworten vergeblich und die Arbeiten für die Katz waren. Mir ist diese Haltung des Postulanten unerklärlich. Die Forderung wird umso widersinniger, wenn dann in der neuen Legislatur das alte Anliegen wieder neu aufgelegt werden muss.

Zudem: Nach welchen Kriterien soll entsorgt werden? Haben Vorstösse, nach dem zweiten Jahr der Legislatur eingebracht, keine Chance mehr? Parlamentarische Initiativen müssten, so Kollege Theiler, von rund 80 Ratsmitgliedern unterschrieben werden. Dieser Maulkorb würde vor allem kleinere Parteien treffen. Unpopuläre, aber wichtige Anliegen würden kaum eine Chance haben, weil viele ihre Unterschriften nicht unter eine meist noch wenig differenzierte und noch nicht bearbeitete Forderung setzen wollen. Parlamentarische Initiativen werden erst im Verlaufe der Verhandlung klarer.

Ich lehne auch die Kontingentierung der Vorstösse ab. Bekommen kleine Parteien ein kleineres Kontingent, grössere Parteien ein grösseres? Die arithmetische Willkür ist stossend: Nicht die politischen Anliegen, sondern die Zahlen stehen im Vordergrund, und das ist falsch und – eben – willkürlich.

Vorstösse zu machen ist ein verfassungsmässig verankertes Recht von uns Parlamentariern, und Vorstösse sind ein politisches Instrument, das ernst genommen werden muss.

Ich möchte noch eine Klammerbemerkung machen: Herr Theiler, Sie sagten, es sei unendlich teuer, diese Vorstösse zu machen, zu beantworten und umzusetzen. Ich denke, dass nicht die Vorstösse teuer sind; teuer sind z. B. – wir haben es heute Morgen gesehen – diese «Steuerreduktionsmotionen»; mit ihnen wurde wieder sehr, sehr, sehr viel Geld ausgegeben!

Vorstösse sind nicht einfach Ausdruck übertriebenen Fleisses der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, sondern sie sind eine Folge unserer auch unwürdigen und längst

überholten Arbeitsbedingungen und unserer persönlichen Infrastruktur. Wir haben allerdings kürzlich eine Erhöhung der Finanzen beschlossen, um unsere Infrastruktur zu verbessern. Es hilft nichts, wenn wir im ganzen Bundeshaus verstreute, tolle Arbeitsplätze haben, die mit Ausnahme derjenigen in der Wandelhalle wenig genutzt werden. Wir brauchen mehr personelle Unterstützung – nicht einfach Geld –, wir brauchen ein adäquates Sekretariat und wissenschaftliche Mitarbeitende, wie dies auch in anderen Ländern der Fall ist – ich kann dies sehr gut beurteilen, ich kenne die Bedingungen meiner Kollegen und Kolleginnen im Europarat. Wir haben so, wie wir ausgestattet sind, kaum genügend Zeit, neben Berufs- und Parlamentsarbeit vertieft zu recherchieren. So kommt es, dass wir Vorstösse einreichen, um Antworten auf unsere Anliegen zu bekommen, wenn die Zeit für Recherchen fehlt. Erst die Verbesserung unserer Arbeitssituation wird es uns erlauben, auch über die Notwendigkeit und Tauglichkeit der Instrumente, die wir zur Durchsetzung unserer Politik benötigen, zu entscheiden.

Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen. Es ist nicht sehr sinnvoll, dass sich die SPK im Rahmen der GVG-Revision vertieft damit befasst.

**Tschuppert Karl (R, LU), für das Büro:** Im Gegensatz zu Frau Vermot empfehle ich Ihnen, das Postulat zu überweisen.

Die Problematik besteht natürlich vor allem auch in Bezug auf die Parlamentarischen Initiativen. Das Büro hat sich schon mehrmals mit dieser Frage beschäftigt. Insofern hat Herr Theiler natürlich – wie immer – Recht. Die Staatspolitische Kommission hat das Thema im Rahmen der Totalrevision des Geschäftsverkehrsgesetzes behandelt und wird es weiter behandeln. Die ersten Vorschläge werden Anfang März publik werden. In diesem Sinne können Sie das Postulat durchaus überweisen.

Herr Theiler wird jetzt vermutlich mit dem guten Beispiel vorangehen und etwas weniger Vorstösse machen.

Ich muss Ihnen auch sagen: Viel effizienter ist es – Sie kennen ja die Telefonnummern der Bundesräte und der Verwaltung –, direkt nachzufragen. Dann wissen Sie sofort Bescheid.

#### *Abstimmung – Vote*

Für Überweisung des Postulates .... 62 Stimmen

Dagegen .... 51 Stimmen

99.3609

### **Motion Mugny Patrice. Verteilung der Kommissionssitze auf die Fraktionen**

### **Motion Mugny Patrice. Pour une répartition équitable des sièges en commission**

Einreichungsdatum 20.12.99

Date de dépôt 20.12.99

Nationalrat/Conseil national 13.12.00